



Kiel, 25. Oktober 2018

Nr. 331 /2018

Dr. Heiner Dunckel:

So sollte die Landesregierung nicht mit unseren zukünftigen Lehrkräften umgehen!

Zur Änderung des Lehrkräftebildungsgesetzes erklärt der SPD-Abgeordnete aus Flensburg, Prof. Dr. Heiner Dunckel:

„Dass angehende Lehrer bereits in der Ausbildung wieder strikt nach Gymnasial- und Gemeinschaftsschullehramt getrennt werden sollen, kommt einer bildungspolitischen Rolle rückwärts gleich. Die Solidaritätsbekundungen der Kieler Studierendenvertretung in der Ausschussanhörung zeigen offenkundig, dass die Jamaika-Koalition mit ihrem Änderungsentwurf auf dem falschen Pfad ist. Wie in der Anhörung von mehreren Vertretern formuliert worden ist, geht es bei dieser Änderung des Gesetzes nicht um die Verbesserung der Qualität der Lehrkräftebildung, sondern um eine Änderung der Schulstruktur, die weder fachlich noch systemisch begründet ist. Außerdem absolvieren Grundschullehrer inklusive ihres Referendariats über sechs Jahre lang eine anspruchsvolle Ausbildung. Dass fachfremde Bachelorabsolventen nun unseren Kindern ohne pädagogische Ausbildung das Lesen, Rechnen und Schreiben beibringen sollten, halte ich für fahrlässig. Der Lehrermangel, der auch an Schleswig-Holsteins Schulen zu spüren ist, wird auch mit Blick auf mathematisch-naturwissenschaftliche Mangelfächer an weiterführenden Schulen ignoriert. So konnten sich Flensburger Studierende bisher im Bereich der Naturwissenschaften in Kiel weiterbilden, um die Lehrbefähigung für höhere Klassenstufen zu erlangen. Dies ist durch die Initiative der Jamaika-Koalition nun nicht mehr möglich. Dass gerade die Grünen, die das Lehrkräftebildungsgesetz in der letzten Legislaturperiode noch mit der SPD reformiert hatten, diese Forderung unterstützen

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

und mit höherem administrativen Aufwand an den Hochschulen begründen, ist komplett unverständlich. In Flensburg gibt es viele Studierende, die wir als zusätzliche Lehrkräfte in den Mangelfächern gewinnen könnten. Das lehnt die Landesregierung ab – und vertieft damit die Gräben zwischen den Hochschulen. So wird es mit einer gemeinsamen Arbeit an einem großen Problem schwierig. Zudem lassen die Trennung der Lehramtsformen sowie Äußerungen der Ministerin im Landtag vermuten, dass mit dem Rückbau der gymnasialen Lehrerausbildung an der Europa-Universität Flensburg begonnen wird. Das ist eine Schwächung des Flensburger Hochschulstandortes, der ich mich entgegenstelle. Unsere realen Probleme lösen wir nicht durch ideologische Gesetzesänderungen, sondern mittelfristig durch eine Flexibilität unserer Lehrkräfte sowie langfristig durch zusätzliche Kapazitäten in allen Bereichen der Universitäten.“